

Die wirtschafts- und umweltpolitische Situation zur Jahresmitte 2010

Für Geld tun die Leute alles – manchmal sogar das Vernünftige

Auch der Blick in den Abgrund kann neue Einsichten bringen

Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS

Inhalt	(Stand: 30. Juli 2010)	Seite
1. Löcher im Seeboden und in den Staatskassen		2
2. Lehren und Chancen der Griechenland-Krise		2
3. Große Hoffnungen für die Fortentwicklung Europas		2
4. Keynesianismus ja – aber möglichst grün bitte!		3
5. Neue Dringlichkeit ökofiskalischer Konsolidierung		3
6. Schadensminimierung auch durch nicht-fiskalische grüne Anreize		4
Zorniger Epilog: Wir sind Griechenland. Nur hat die Elite bei den Griechen noch krasser versagt als anderswo		5

2010-07_essay_wirtschaft-umwelt_gorres v15hs.doc/03.08.2010

Das „FÖS“ wurde 1994 als gemeinnütziger Verein gegründet – damals unter dem Namen „Förderverein Ökologische Steuerreform“. Seinerzeit lag der Schwerpunkt auf der Einführung einer Ökologischen Steuerreform in Deutschland, die 1998 erfolgreich eingeführt wurde. Heute sind wir über Deutschland und Europa hinaus in der weltweiten Debatte um sämtliche marktwirtschaftlichen Klimainstrumente zu einer wichtigen und geachteten Stimme geworden.

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ▪ Schwedenstraße 15a ▪ D-13357 Berlin
Kommunikation: +49-30-76 23 991-30 ▪ foes@foes.de ▪ www.eco-tax.info ▪ www.foes.de

Dr. Anselm Görres, Jahrgang 1952, Volkswirt und Unternehmer in München, war 1994 Mitgründer des FÖS e.V. (damals Förderverein Ökologische Steuerreform) und Hauptautor des FÖS-Memorandums '94 (**Der Weg zur Ökologischen Steuerreform**). Heute ist er Vorsitzender des FÖS (seit 2008: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft). Der frühere McKinsey-Berater ist seit 1996 Gründer und Inhaber der ZMM Zeitmanager München GmbH. ZMM ist führender Vollsortimenter im deutschsprachigen Interim Management (www.zmm.de).



In Kürze: Das Sparprogramm der Bundesregierung ist aus sozialer Sicht extrem unausgewogen. Einseitige Kürzungen im Sozialbereich bei gleichzeitiger Schonung der Reichen: Das kritisieren sogar viele Wohlhabende. Die Gesundheitsreform belastet nur Arbeitnehmer und Firmen, schont zugleich Freiberufler und gutgestellte Gesundheitsanbieter.

Doch mit dem Abbau von Ökosteuer-Ausnahmen und Kohlesubventionen, mit neuen Instrumenten wie Luftfahrtabgabe und Brennstabesteuer bis hin zum Ausbau der Lkw-Maut zeigt die Bundesregierung den Mut, fiskalisches Sparen mit ökologischem Handeln zu verbinden. 2009 wurden die Chancen eines grünen Keynesianismus durch grünere Ausgabenprogramme weitgehend vertan. Vielleicht kommt es wenigstens 2010 zu einer partiell ökologischen Gegenfinanzierung der entstandenen Schulden. Diese wäre übrigens auch sozial gerechter als konventionelle Politik.

Neue Jobs können in einer Konsolidierungsphase auch durch nicht-fiskalische Impulse, so etwa strengere Öko-Vorschriften entstehen. Wenn alle im Land den ökologischen Wandel wollen statt fürchten, öffnet sich uns ein neuer Wachstumspfad. Die Welt hat bessere Visionen verdient als nur die Suche nach immerwährender Bereicherung.

In ähnlichen Fassungen schon vorgestellt bei: EU-Kommissar Algirdas Šemeta, Jahrestagung von Green Budget Europe in Budapest, Rotary-Club München Nymphenburg, SPD-Grundwertekommission.

1. Löcher im Seeboden und in den Staatskassen

22. April, Deepwater Horizon im Golf vom Mexiko versunken. 28./ 29. April, 120-Milliarden-Euro-Rettungspaket für Griechenland. 6. Mai, Absturz der New Yorker Börse (Computerfehler?). 9. Mai: Neuer Landtag in NRW. Am gleichen Wochenende hektisches Tagen von Bankern und Politikern. Nach Beinahezusammenbruch des europäischen Interbankenhandels Stabilisierungspaket von 700 Milliarden zur Euro-Rettung verabredet.

Löcher im Seeboden, Löcher in den Staatsbudgets, Bedrohung des Euro, Bildung neuer politischer Mehrheiten. Die zeitliche Nähe dieser Ereignisse mag Zufall sein. Doch ihre Ursachen sind eng verbunden.¹ Eine Kombination von Individualschuld, Marktversagen und Politikversagen führt zu Katastrophen und massiven Bedrohungen, sowohl für die Umwelt wie für die Staatsfinanzen und ganze Währungssysteme. *Drill, baby, drill!*

Beliebt ist das Fragespiel, wer mehr versagt hat: Markt oder Staat? Die Rechten verteidigen dann den Markt, die Linken den Staat. Doch beides bedingt sich. **Auch für Marktversagen wird die Politik verantwortlich, wenn sie es versäumt, bekannte Marktschwächen zu korrigieren. Auch an Politikversagen sind die Märkte mitschuldig, wenn sie mit massiver Lobby- und Medienmacht die Politik unter Druck setzen und den Bürgern Angst vor vernünftiger Regulierung machen. Am Ende geht jeder menschengemachten Katastrophe immer ein Versagen der Eliten in Wirtschaft, Medien und Politik voraus.** Also genau derjenigen, die es eigentlich besser wissen müssten. Aber in der Demokratie gibt es auch eine Mitschuld der Normalbürger, wenn sie aus Kurzsichtigkeit, Gleichgültigkeit oder Resignation den Eliten freie Hand lassen oder nicht einmal zur Wahl gehen.

2. Lehren und Chancen der Griechenland-Krise

Von Griechenland kann man mancherlei lernen. Zum einen, wie es einem Gemeinwesen ergeht, für das sich keiner mehr verantwortlich fühlt. Dort haben die Bürger den Staat betrogen, der Staat seinerseits die Bürger, beide zusammen die EU und die Welt. Auf Kosten von Wahrheit, Anstand und der Zukunft ihres Landes verfolgten alle Akteure nur noch ihren Vorteil. Ausgerechnet im Mutterland der Demokratie haben Bürger und Businessmen, Parteien und Politiker die Demokratie am meisten pervertiert.

Die zweite Lektion ist eine kritische Neubewertung der Grenzen der Staatsverschuldung. Lange schienen Länder wie Italien oder Japan zu beweisen, dass man sogar über Jahrzehnte mit Schuldenquoten von über 100, ja 200 Prozent des BIP weiterwurschteln kann, ohne dass es zum Zusammenbruch kommt. Das kleine Griechenland hat schlagartig ein neues Bild gezeigt – die mögliche Bedrohung vieler Staaten mit hohen Schulden oder auch nur hohen laufenden Defiziten.

Schwedens früherer sozialdemokratischer Finanzminister Göran Persson hat recht: **Wer Schulden hat, ist niemals frei.** Ebenso klar ist: **Die kleinen Leute tragen meist den kleinsten Teil der Schuld, aber immer den größten Teil der Lasten.** Schon deshalb sollten sie sich stärker einmischen, auch beim Schuldenabbau. **In Griechenland und anderswo.**

3. Große Hoffnungen für die Fortentwicklung Europas

Die dritte Griechenland-Lektion ist zugleich eine Hoffnung für Europa. Wir müssen unsere Regeln und Institutionen fortentwickeln. Eine gemeinsame Währung erfordert auch gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, zumindest deren bessere Abstimmung, ebenso wie ein Insolvenzrecht für Staaten. Mit raschen Reaktionen und Entschlüssen haben Europas Institutionen in den letzten Monaten die Europa-skeptiker eines Besseren belehrt. Wenn auch unter äußerster Dehnung des Lissabonner Vertrags und anderer Europaregeln: Europa ist handlungsfähig und das sogar schnell!

Schließlich trägt die Griechenland- und Eurokrise auch zur Klärung und Scheidung der Geister bei: In diejenigen, die unter wirtschaftlichem Druck am liebsten die Rückkehr in die DM, den Goldstandard und überholte Nationalstaaterie antreten wollen, und diejenigen, die nur in einer Fortentwicklung Euro-

¹ www.foes.de/pdf/Unkontrolliert%20in%20den%20Abgrund.pdf

pas und seiner Möglichkeiten die richtige Reaktion auf weltweite Probleme sehen. Leider finden viele den Weg der Renationalisierung attraktiv. Das belegen Wahlerfolge ultrarechter Parteien im Osten, Süden und Westen Europas, so etwa in Ungarn, Italien oder Holland.

Doch nicht weniger, nur mehr Europa bringt uns nach vorn, auch in Sachen Umweltschutz. Denn nach wie vor gilt, dass die Umweltpolitik wohl der Bereich ist, wo die EU ihre größten Erfolge erzielt und Europa weltweit zum Vorreiter gemacht hat. Oft sind Staatenbünde kaum fähig, sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Teiler zu einigen, manchmal auch die EU nicht. **Aber die europäische Umweltpolitik ist weit fortschrittlicher als das umweltpolitische Mittelmaß der Mitgliedsländer. Wenn die Krise Europa stärker macht, dann stärkt das auch eine progressivere Umweltpolitik.**

4. Keynesianismus ja – aber möglichst grün bitte!

Nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich Deutschland und die gesamte Weltwirtschaft erstaunlich schnell wieder erholt. Wenn Deutschland mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in der EU aus der Krise kam, ist das nicht zuletzt ein Verdienst von Schwarz-Rot. Die Regierung Merkel-Steinbrück hatte weit größere Probleme zu lösen als die jetzige, und arbeitete doch viel effizienter und geräuschloser. Weltweit ist die rasche Erholung vor allem ein Verdienst der globalen Krisenprogramme von insgesamt rund 3-4 Billionen Dollar – das sind 5-7 Prozent des Weltsozialprodukts.

Unser Forum hat dieses klassisch keynesianische *Deficit Spending* stets gegen konservative, aber auch gegen wachstumskritische grüne Kritiker verteidigt, im Ansatz gilt das auch für die Umweltpremie.² Zugleich haben wir sowohl diese Prämie wie die meisten internationalen Programme wegen viel zu geringer grüner Anteile kritisiert. **Mit einer echten Umweltpremie, die etwa den Umstieg auf kleinere und emissionsärmere Autos gefordert hätte, hätte man viel größere ökologische Lenkungseffekte erzielen können.** Nur Südkorea und China machten ehrgeizige grüne Konjunkturpolitik, mit Ökoanteilen von 70 und 33 Prozent. In Europa, auch in Deutschland, lag er durchschnittlich nur bei 13 Prozent. Das analysierten wir in Zusammenarbeit mit dem WWF.³

Die Ausgabenprogramme sind größtenteils schon gelaufen. Neue wären nur zu erwarten, wenn die Krise noch ein weiteres Mal ausbräche. **Auf der Ausgabenseite der Budgets wurden die großen Chancen eines grüneren Keynes somit in den meisten Ländern schon vertan, leider auch bei uns.** Bleibt die Frage nach den Chancen einer grüneren Refinanzierung der Ausgaben – das wäre dann die zweite Chance eines ökologischeren Keynesianismus.

5. Neue Dringlichkeit ökofiskalischer Konsolidierung

Eine möglichst ökologische Gegenfinanzierung zur allmählichen Rückführung der seit 2008 noch höher aufgetürmten Schuldenberge wäre nicht nur für die Umwelt besser, sie würde auch weniger Arbeitsplätze kosten als eine Gegenfinanzierung über konventionelle Verbrauchssteuern. Immerhin hat die Bundesregierung dies offenbar verstanden, sonst hätte sie nicht auf der Einnahmeseite ihres Sparpakets einen gewichtigen Block ökofiskalischer Erträge vorgesehen. Zusammen mit der Ausweitung der LKW-Maut und der geplanten Kürzung der bestehenden Kohlesubventionen erreichen die Maßnahmen zur Ökologisierung der Marktwirtschaft ein Volumen von fast sieben Mrd. Euro p.a. **Mit ca. 40 Prozent des Volumens der rot-grünen Ökosteuer-Reform haben wir es folglich mit dem größten ökofiskalischen Maßnahmenpaket seit 1999 zu tun!**

Hätte es 2005 nicht das Fiasko der Merkelsteuer gegeben – die Union wollte zwei Prozent Mehrwertsteuererhöhung, SPD angeblich null Prozent, man einigte sich auf drei Prozent – so hätte man dieses Mal wohl nur eine weitere Mehrwertsteuererhöhung gesehen. Manchmal muss man Parteien auch für Dinge loben, die sie nicht tun. **Dass Schwarzgelb die Mehrwertsteuer nicht erhöhte, ist in der heutigen Zeit schon ein kleines Lob wert!** Andere Länder – etwa Großbritannien – hatten weniger ökologischen Mut als die Bundesre-

² Vgl. hierzu: www.foes.de/pdf/GBG-DiscPap2009.05-GreenRecoverywithMBI01.pdf,
www.foes.de/pdf/GBE-PolPap001-GreenerSpendingGreenerFinancing.pdf,
www.foes.de/pdf/2009-04_Umbaupraemie-SZ.pdf und www.foes.de/pdf/D2009-05-29_GruenerKeynesGoerresFR.pdf

³ www.foes.de/pdf/WWF_Konjunkturstudie_250609a.pdf und www.foes.de/pdf/WWF_Kurzfassung_Konjunkturstudie.pdf

gierung. Trotz mancher Hoffnungen auf die *LibDems* hatte man am Ende nichts Besseres zu bieten als eine phantasielose und unsoziale Mehrwertsteuererhöhung. Als ob Konsum per se von Übel sei und es nicht darauf ankäme, ökologisch schädliche Verbräuche höher zu belasten, und ökologisch harmlose vielleicht sogar zu entlasten.

Doch nicht nur politische, vor allem auch ökonomische Argumente sprechen für ökofiskalische Abgaben. Denn sie würden die Konjunktur weit weniger belasten als eine konventionelle Mehrwertsteuererhöhung:

- Eine kleine Verteuerung des Flugverkehrs regt vielleicht manchen zu Inlandsreisen an statt zu Auslandsflügen – in solchen Fällen würde eine Ticketabgabe die Binnennachfrage sogar stärken.
- Wenn das mautpflichtige Streckennetz um 4000 auf 16000 Kilometer erweitert wird, bringt das Vorteile und Jobs für die Güterbahn.
- Ein Abbau von Ökosteuer-Ausnahmen kann Effizienzinvestitionen in den betroffenen Betrieben anstoßen. Statt nach Saudi-Arabien flösse das Geld an inländische Handwerker oder Maschinenbauer.

Insgesamt steigern ökofiskalische Maßnahmen fast immer die Energieeffizienz einer Volkswirtschaft und führen daher mittelfristig eher zu Entlastungen von Bürgern und Wirtschaft. **Steuern, die kluges Sparen belohnen, wirken somit wie Zukunftsinvestitionen.**

6. Schadensminimierung auch durch nicht-fiskalische grüne Anreize

Wenn die Griechenland-Krise uns zwingt, dem Schuldenabbau höhere Priorität zu geben, wie wollen wir dann vermeiden, dass die langsam wieder aufblühende Konjunktur gleich wieder abgewürgt wird? Noch längst ist die Wirtschaftskrise nicht überwunden. Bloße Austeritätspolitik nach konventionellem Strickmuster führt nicht weiter. Wie sollen neue Arbeitsplätze entstehen, wenn überall nur gespart wird, und neue Ausgabenprogramme nicht in Sicht sind?

Das kann nur funktionieren, indem das Sparen so erfolgt, dass die sozialen und wirtschaftlichen Schäden minimiert und gleichzeitig positive ökologische Lenkungseffekte erzielt werden. Bei einer solchen „Grünen Konsolidierung“ (oder grünen Gegenfinanzierung) der Krisenprogramme denken wir in erster Linie an die Erschließung neuer ökofiskalischer Einnahmen, aber auch an den Abbau ökologisch fragwürdiger Subventionen. Dazu haben wir für die Heinrich-Böll-Stiftung ein umfassendes Konzept vorgelegt.⁴

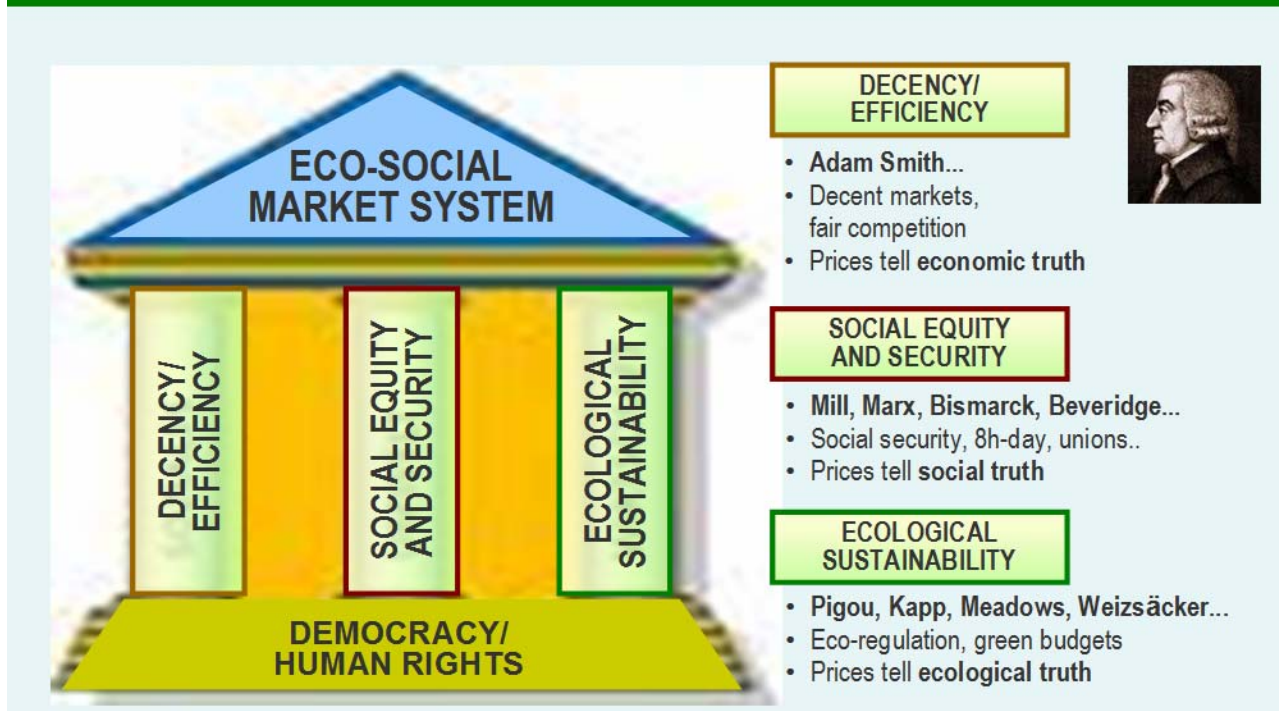
Wichtig ist aber auch, verstärkt über nicht-fiskalische Impulse einer ökologischen Neuausrichtung nachzudenken. Das große Beschäftigungspotential ordnungsrechtlicher Umweltpolitik wird viel zu wenig erkannt. Die TA Luft zwang Kraftwerksbetreiber, Schwefelfilter einzubauen – doch schuf der Einbau dieser Filter am Ende nicht auch Arbeitsplätze? Entstehen nicht auch Arbeitsplätze, wenn der Staat der Autoindustrie Airbags und Sicherheitsgurte, Katalysatoren oder Geräuschkämmungen vorschreibt? Würden nicht strengere Abgasvorschriften für Autos, Energierichtlinien für den Neu- und Umbau von Häusern, Effizienzvorschriften für Motoren, Pumpen oder Leuchten in Fabriken Beschäftigungseffekte in großem Stil auslösen?

Unser Forum brennt für marktwirtschaftliche Umweltpolitik. Aber wir sind kein Gegner kluger Ordnungspolitik, gerade im ordnungsliebenden Deutschland. Vor allem nicht wenn sie Jobs schafft. Die Vision eines ökologischeren, gerechteren und anständigeren Kapitalismus könnte gerade in Ländern wie Deutschland positive Wachstumsimpulse auslösen, die die negativen Effekte der unvermeidlichen Haushaltskonsolidierung mehr als ausgleichen. Der Neoliberalismus lockt die Menschen mit Wohlstand in Freiheit. **Wir brauchen aber Visionen, die über bloße Bereicherung hinausgehen und den Weg zu einer verantwortungsvolleren und nachhaltigeren Wirtschaftsweise aufzeigen. Die Ökosoziale Marktwirtschaft könnte diese Vision sein.**⁵ Mit ihrem Sparpaket zeigt die Bundesregierung bedauerliche Geringschätzung für das Soziale in der Marktwirtschaft – aber beachtlichen Mut zu ihrer Ökologisierung.

⁴ www.foes.de/pdf/Nachhaltig_aus_der_Krise.pdf

⁵ Siehe Schlusschaubild meiner Budapester Präsentation: <http://www.foes.de/pdf/2010-07%20Dr%20Anselm%20Goerres%20-%20Perverse%20Subsidies.%20A%20big%20problem.%20but%20perhaps%20also%20part%20of%20a%20bigger%20solution.pdf>.

The new vision: A greener capitalism, with more equity and decency



Zorniger Epilog: Wir sind Griechenland.

Nur hat die Elite bei den Griechen noch krasser versagt als anderswo

Tatort Athen? In Wallstreet und Washington haben Zockerbanker und Deregulierer weltweit die größten Werte verbrannt. Europa trifft weniger Mitschuld, aber selbst Kleinstaaten wie Irland und Island machten mit. Afrika, Asien, Australien, Osteuropa, Südamerika und Russland sind eher Opfer, allenfalls punktuell Mittäter. Fakt ist: Die Hauptschuld an der Mega-Krise von Finanzmarkt, Wirtschaft, Staaten und Umwelt tragen Nordamerika und Westeuropa. Gemeinsames Merkmal dieser Schuld ist die Verletzung elementarster Anstandsregeln, meist über längere Zeit, trotz vielfacher öffentlicher Kritik, trotz offenkundiger Unhaltbarkeit des Verhaltens, und mit einem hohen Maß an krimineller Energie und verschwörerischer Kollusion vieler Beteiligten.

Die Übeltaten sind vielfältig. Es geht um Lüge und Betrug, verschiedene Formen von Diebstahl und Untreue, es wurden (werden?) Gesetze gebrochen und Steuern hinterzogen. Fast immer gehören nicht nur Individuen, sondern ganze Gruppen und Gemeingüter zu den Geschädigten, so die Reputation von Unternehmen oder ganzer Nationen, kostbare natürliche Ressourcen, wertvolle Institutionen wie Geldwesen und Bankensektor. *Drill, baby, drill*: Die einen bohren Löcher in Staatshaushalte, die anderen in Meeresböden. Weder die einen noch die anderen haben das Verfahren im Griff.

Zum Täterprofil gehört immer Gier. Meist aber auch Dreistigkeit und bodenloser Leichtsin, ein eklatanter Mangel an erwachsener Reife und Verantwortung, die Inkaufnahme gewaltiger Risiken zu Lasten einer Vielzahl unschuldiger Dritter, ganzer Nationen und Regionen oder der Um- und Nachwelt. Bevorzugt arbeitet man mit „OPM“ (*other people's money*), also auf Pump oder auf Rechnung Dritter.

Wir reden nicht von Unterschichtskriminalität. Kleine Leute richten meist nur kleine Schäden an. Die Megakrise ist fast ausschließlich das Werk von Eliten, insbesondere aus Wirtschaft und Politik.

Vielleicht liegt hier eine Besonderheit der griechischen Krise. An Griechenland sieht man, wohin ein Land kommt, wenn sich keiner mehr für's Gemeinwohl verantwortlich fühlt, weil alle nur noch den ei-

genen Vorteil verfolgen. Regierungswechsel – bis auf den letzten – änderten nichts mehr, weil beide großen Parteien gleichermaßen verkommen handelten. In einem Reichenvorort Athens wurden nur zwei Prozent aller Pools dem Finanzamt deklariert. Erst Satellitenfotos deckten das Missverhalten auf.

Verletzt wurden Regeln, die schon Vierjährige lernen. Bereits 1990 erschien in den USA Robert Fulghums Bestseller *All I really need to know I learned in kindergarten*. Mit einfachen Anweisungen wie *Spiele fair – teile alles – schlage niemand – bringe Dinge zurück, wo Du sie fandest. Don't take things that aren't yours*. Oder *Clean up your own mess* – damit tut sich BP derzeit sehr schwer.

Aber auch gegen alte Grundregeln für ehrbare Banker und Kaufleute wurde vielfach verstoßen: *Leihe nicht mehr, als Du zurückzahlen kannst. Verleihe nicht mehr, als zu verlieren Du notfalls verkraften kannst. Verkaufe keine Produkte, die Du selbst nicht mehr verstehst*.

So gesehen, gibt es wenig Anlass für selbstgerechte Griechen-Kritik, auch nicht aus Deutschland. Als ob wir so viel besser wären.

- Der große VW-Chef ließ komplette Fabrikpläne klauen – nichts ist gerichtsfest, aber VW zahlte freiwillig 100 Millionen Dollar an GM. Derselbe Mann, der falsche Spaltmaße mit bloßem Auge erkennt, soll als Aufsichtsrat von der Bestechung seiner Betriebsräte mit Freudenmädchen und Lustreisen nichts gewusst haben? Die Bestechungskasse wurde im Nebenzimmer geführt.
- Ein anderer Konzernherr schrieb Bücher über Werte, während seine Manager weltweit schwarze Kassen führten und Politiker bestachen – auch in Athen. Solche Praxis mag ja noch bis vor Kurzem vom Fiskus geduldet worden sein. Aber gilt diese Ausrede auch für die Gründung einer Scheingewerkschaft durch den Arbeitgeber?
- Ehemalige Staatsfirmen bespitzelten die eigenen Mitarbeiter. Ein Parteichef adelte Steuerflüchtige zu tapferen Steuerrebellern, die doch nur „mit den Füßen abstimmten“, wenn sie Schwarzgeld in die Schweiz schafften. Feine Banken besorgten diskret den Bargeldtransport.
- In München und Klagenfurt lieferten sich großmannsstüchtige Provinzpolitiker eine Kriminalposse um ihre Landesbanken.
- Auch in Deutschland wurde Adam Smith, der Prophet eines anständigen Kapitalismus mit fairem Wettbewerb, zum Markt-Vergötterer und Bereicherungsphilosophen umgedichtet. Tote können sich nicht wehren.

Die Liste ließe sich fortführen, auch international, und sie zeigt: **Athen ist gewiss nicht der einzige Tatort schlimmer Regelverletzungen**. Doch Griechenland droht zu einem Problem Europas und des Euros zu werden. *Mourir pour Danzig?* Dagegen wehrten sich 1939 naive Pazifisten. Blüten für Athen? Unter diesem Motto versammeln sich heute Rechts- wie Linkspopulisten. Längst überwunden geglaubte Nationalisten rufen zur Generalabrechnung mit der EU und ihrer Währung auf. Stimmungen, wie sie bisher nur Ultrarechte vom Schlage einer FPÖ und BZÖ mobilisierten, werden neuerdings auch von BILD und FOCUS gefördert. Schaut man genauer hin, dient Griechenland oft nur als Vorwand für längst gehegte unpopuläre Sparpläne.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer. Die Euro-Währungskrise wurde zur EU-Bewährungskrise. Zugleich jedoch Europas neue Großchance. Aus Gemeinsamem Markt und Eurozone muss eine neue europäische Wirtschaftsordnung hervorgehen und drei Elemente vereinen: Den anständigen Kapitalismus von Adam Smith, die Erhaltung der aus den Leiden und Kriegen der letzten 150 Jahre gewachsenen Sozialen Marktwirtschaft, sowie die überfällige Ökologisierung dieser Marktwirtschaft.

Griechenland zeigt uns, wie erpressbar und verletzbar exzessive Staatsschulden machen. Europa und die Welt müssen zurück zu fiskalischer Disziplin. Aber Sparen ist nicht alles, schon gar nicht so kurz nach der längst nicht überwundenen Weltwirtschaftskrise.

Wir brauchen die Vision des grünen Wandels. Zum Glück ist Europa hier weiter als alle anderen. Asien hat unser Wachstumsmodell so erfolgreich kopiert, dass es darin inzwischen erfolgreicher ist als wir. Dafür sind wir schneller im Begreifen, dass dieses Modell seine Zukunft schon hinter sich hat. Die Antwort auf Europas Schwächen kann nur der Bau eines besseren Europas, mit einer grüneren, gerechteren und anständigeren Marktwirtschaft sein. Und das bitte *mit* Griechenland. Ihm danken wir nicht nur den Namen unseres Kontinents, sondern auch das erste Licht der Demokratie.